



„Wohnen. Würde. Jetzt.“

unter dieser Forderung steht der diesjährige

**Leipziger Tag der Wohnungslosen am
Donnerstag, 11. September 2025
von 15.00 bis 18.00 Uhr auf dem Nikolaikirchhof.**

Immer mehr Haushalte in Leipzig, immer höhere Gesamtmieten – und zu wenig bezahlbare Wohnungen. Das muss sich ändern, denn Wohnen ist ein Menschenrecht! Deshalb möchte die AG Recht auf Wohnen am 11. September 2025 – dem bundesweiten Tag der Wohnungslosen – auf Herausforderungen und Bedarfe wohnungs- und obdachloser Menschen in Leipzig aufmerksam machen.

Zur Eröffnung um 15.00 Uhr spricht Franz Müller, Abteilungsleiter „Soziale Wohnhilfen“ des Sozialamtes. Stadtweite Hilfsangebote stellen sich in einer „Hilfestraße“ vor. Eingeladen zum gemeinsamen Beisammensein sind die „Utopische Tafel“, die „Küche für alle“ sowie das Selbstvertretungstheater und die Barber Angels.

Die Nikolaikirche ist als Raum für Besinnung geöffnet.

Katharina Krefft

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

+49 172 9364081

Siegfried Schlegel

(Die LINKE)

+49 160 90581516

Pia Heine

(SPD)

+49 172 3424801

Weitere Informationen unter <https://ag-rechtaufwohnen.de/>

Seit 2018 beteiligt sich die Leipziger AG Recht auf Wohnen am bundesweiten Aktionstag gegen Obdach- und Wohnungslosigkeit. Ausgerufen wird er deutschlandweit von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG W e.V.). Die Leipziger AG Recht auf Wohnen ist ein Zusammenschluss von Mitarbeiter*innen aus Einrichtungen und Diensten der sozialen Arbeit, der Stadtverwaltung sowie Vertreter*innen der Stadtratsfraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Verbindendes Grundinteresse der AG ist seit 1993 die Verhinderung und Beseitigung von Wohnungslosigkeit sowie deren Ursachen und Folgen. Unser Ziel: Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit in Leipzig zu beenden!

Statements von Vertreter*innen der AG Recht auf Wohnen

„Drei Ziele verfolgen wir kontinuierlich: 1. In Leipzig bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, 2. Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind, konkrete Angebote machen zu können, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind, und 3. die Trägerlandschaft im Bereich der Wohnungsnotfallhilfe zu stärken.

Der Anteil an bezahlbarem Wohnraum beim größten kommunalen Wohnungsbauunternehmen LWB muss weiter ausgebaut werden. Ebenso beharren wir auf der konsequenten Umsetzung des Zweckentfremdungsverbotes, um stadtweit weiteren Wohnraum zur Miete anbieten zu können.

Mit dem "Fachplan Wohnungsnotfallhilfe" zeigt die Stadt Leipzig, dass sie die Themen Wohnungs- und Obdachlosigkeit strategisch vielfältig angeht. Die spezifischen Bedürfnisse einzelner Personengruppen stehen zunehmend im Mittelpunkt - psychisch kranke Menschen, Lsbtiq-Personen, Menschen mit Behinderungen oder junge Menschen sind nur einige von ihnen. Gerade mit dem Ausbau der Angebote im Bereich Jugendwohnen unterstützen wir junge Menschen zu einem selbstständigen Leben und bewahren sie so langfristig vor Obdachlosigkeit. Notschlafstellen sind die letztmögliche Hilfe, können aber keine dauerhafte Lösung sein - oberstes Ziel muss sein, wohnungs- und obdachlose Menschen wieder in den Wohnungsmarkt zu integrieren.*

Nicht zuletzt: Zahlreiche Vereine und Verbände in Leipzig leisten eine sehr gute Arbeit im Bereich der Wohnungsnotfallhilfe – dafür sind wir sehr dankbar. Diese Träger müssen gestärkt und insbesondere personell besser ausgestattet werden.“

Pia Heine, sozialpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion der SPD

*„Die Wohnungslosigkeit in Leipzig steigt dramatisch. Als AG Recht auf Wohnen haben wir früh auf politisches Handeln gedrängt und bei den Wohnungslosenkonferenzen thematisiert. Als Stadträt*innen haben wir wesentliche und weitgehende Entscheidungen getroffen. Die Erweiterung der Übernachtungshäuser, mehr Housing First, WG-Matching für junge Wohnungslose, Bed by Night und mehr Gewährleistungswohnungen, aber auch das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum und der soziale Wohnungsbau sind konkrete Ergebnisse unserer politischen Arbeit. So gibt es seit diesem Jahr 3 weitere Standorte für Jugendwohnen. Hier finden Careleaver*innen - junge Erwachsene, die der stationären Jugendhilfe entwachsen - 36 weitere Plätze.*

Andere Stadtratsbeschlüsse harren ihrer Umsetzung. Die Notschlafstelle am Hauptbahnhof und das größere Übernachtungshaus für wohnungslose Frauen werden krass ausgebremst, weil beschlossene Mittel von der Stadtspitze nicht freigegeben werden.

Wir brauchen Wohnraum!

Wir fordern, leerstehenden Wohnraum viel stärker in Wohnnutzung zu bringen. Dem Leerstandsmonitoring müssen konkrete Schritte nachfolgen!

Da immer mehr Ältere von Entmietungen betroffen sind und von Wohnungslosigkeit gefährdet werden, schlagen wir als Grüne Stadtratsfraktion ganz konkret "zusammen wohnen" vor. Denn die Mietbelastung ist für Alleinlebende eine riesige Belastung des Haushaltseinkommens, umziehen können sie wegen der vergleichsweise höheren Mieten in kleinen Wohnungen aber auch nicht. Zusammen wohnen soll als ein Baustein helfen, günstiger und weniger einsam zu wohnen.

Katharina Krefft, sozialpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

*„Junge Careleaver*innen in Leipzig sind besonders von Wohnungslosigkeit betroffen, weil ihnen nach der Jugendhilfe oft stabile Unterstützung und bezahlbare Wohnungen fehlen. Wir begrüßen bestehende Ansätze wie das Jugendwohnen Leipzig und das kommunale Jugendwohnen – fordern aber deren langfristige Sicherung und Ausbau. Die Stadt muss gemeinsam mit Wohnungsgenossenschaften und Vermieter*innen echte Wohnperspektiven für junge Menschen schaffen. Es braucht nicht nur begleitete Wohnformen, sondern allgemein verfügbare, bezahlbare Wohnungen für junge Erwachsene. Niemand sollte nach der Jugendhilfe in die Wohnungslosigkeit fallen – Leipzig muss Verantwortung übernehmen.“*

Katja Meier, Projektleiterin Careleaver* Kollektiv Leipzig, katja.meier@heizhaus-leipzig.de

„Als Träger des Diakonischen Werk Innere Mission Leipzig e.V. mit über 30 Jahren Erfahrung in der Leipziger Wohnungslosenhilfe erleben wir in den letzten Jahren mit großer Sorge, wie das starke Wachstum unserer Stadt dazu führt, dass immer mehr Menschen auf der Straße leben müssen. Leipzig zählt inzwischen zu den acht größten Städten Deutschlands – und mit dem Wachstum steigen auch die Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt. Die Zahl der Menschen, die keinen eigenen Wohnraum finden, nimmt stetig zu.

Wir fordern daher, dass die Stadt Leipzig noch entschiedener dafür sorgt, dass mehr Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum erhalten. Wohnen ist ein Menschenrecht und die Grundlage für ein Leben in Würde. Leben ohne eigenen Wohnraum ist würdelos – deshalb ist das diesjährige Motto der AG Recht auf Wohnen zum Tag der Wohnungslosen „Wohnen. Würde. Jetzt.“ aktueller und wichtiger denn je.“

Benjamin Müller, Leiter der Ökumenischen Kontaktstube Leipziger Oase, Mail: benjamin.mueller@diakonie-leipzig.de, Tel. 0341 / 2682670

„Für die Stadtratsfraktion Die Linke (früher PDS) ist das Grundrecht auf eine Wohnung seit 1991 ein wichtiges Anliegen, weshalb sie sich seit dieser Zeit an organisierten Aktionen beteiligt. Deshalb engagiert sie sich von Anfang an aktiv und ununterbrochen in der Leipziger Arbeitsgemeinschaft (AG) Recht auf Wohnen. Die einst von Pfarrer Führer initiierte AG versteht sich seit deren Gründung 1994 als Netzwerk zur Verhinderung und Beseitigung von Wohnungslosigkeit einschließlich deren Ursachen und Folgen in Leipzig. Die bestehenden vielfältigen Angebote verschiedener Akteure zur sozialen Unterstützung sind für uns auch in Zukunft unverzichtbar.

Trotzdem verlieren wir die unverzichtbaren Ziele der Verhinderung von Wohnungslosigkeit und die Vermittlung bei eingetretener Wohnungslosigkeit in eine eigene dauerhaft bezahlbare Wohnung mit eigenem Mietvertrag nicht aus den Augen. Die Fraktion hat trotz knappen städtischen Haushalts die Verdopplung der Platzanzahl im Leipziger Wohnprojekt „Eigene Wohnung“ aktiv im Stadtrat unterstützt. Wichtig bleibt uns dabei die aktive Unterstützung auf freiwilliger Basis zur Befähigung der Betroffenen, die Anforderungen aus einem Mietvertrag allseitig und dauerhaft zu erfüllen. Solche Wohnungen sollen nicht nur durch die LWB in Grünau, sondern auch in anderen Stadtteilen und in Kooperation der Stadt mit anderen Vermietern wie Wohnungsbau-Genossenschaften oder privaten Vermietern angeboten werden. Auch muss der Wohnungsbau in Leipzig mit aktiver Förderung durch Bund und Land forciert werden.“

Siegfried Schlegel, Vertreter der Stadtratsfraktion Die LINKE

„Der bundesweite Aktionstag der wohnungslosen Menschen steht dieses Jahr unter dem Motto: „Politik in die Pflicht nehmen – Wohnungsnot beenden“. Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag das Ziel festgeschrieben, bis 2030 Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden. Es ist sehr zu begrüßen, dass es in Leipzig schon entsprechende Angebote gibt und diese auch stetig ausgebaut werden sollen. Das bundesweite Motto ist für uns Anlass, auf die besondere Situation junger Menschen aufmerksam zu machen.

Ohne Wohnung fehlt der persönliche Schutzraum, die Basis für die Organisation des gesamten Alltags, wodurch sich auch die Chancen junger Menschen auf ein gutes Leben später massiv verringern. Unsere wohnungslosen Nutzer:innen stehen oft allein da, ohne Familie, ohne Netzwerke und ohne ausreichende Hilfen. Zur Bewältigung dieser Krisensituation brauchen sie aber spezielle Unterstützung wie z.B. eine Notschlafstelle für junge Menschen, die auf ihre besonderen Bedarfe zu geschnitten sind. Aber es braucht natürlich nicht nur begleitete Wohnformen, sondern auf dem freien Wohnungsmarkt vor allem auch verfügbare und bezahlbare Wohnungen für junge Erwachsene.“

Becky Wehle, Projektleitung Mobile Jugendarbeit MachtLos e.V., Mail: becky@machtlos.org, Tel: 01523 / 6975829